



Spielräume der Krise

Ein Gespräch mit Thomas Sablowski* über die Möglichkeiten linker Politik

In: *express*, [Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit](#), 03-04/2015

Von den Blockupy-Protesten am 18. März in Frankfurt ist in vielen Medien nur zweierlei durchgedrungen: brennende Autos und geborstene Scheiben. Dabei war beabsichtigt, weitaus dramatischere und gewaltsamere Vorgänge zum politischen Thema zu machen. Vor dem Hintergrund rasanter Verelendung ist in Griechenland eine Partei an die Macht gekommen, die das Austeritäts-Dogma des von Deutschland dominierten europäischen Machtblocks offensiv in Frage stellt. Ob ihr Kurs allerdings zielführend sein kann, ist noch lange nicht ausgemacht. Sowohl für die Linke in ganz Europa als auch für die Gegenseite steht die Frage im Raum, ob die bisherige Strategie gegen die Krise beibehalten wird – oder ob dem bislang praktizierten Klassenkampf von oben ein Ende bereitet wird. Wir haben Thomas Sablowski, bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zuständig für die »Politische Ökonomie der Globalisierung« und Aktivist im Blockupy-Bündnis, um Einschätzungen zu Griechenland, EZB und Blockupy gebeten.

Angesichts der »Staatsschuldenkrise« setzen die Institutionen der Troika auf die Herstellung von »Wettbewerbsfähigkeit«. Weil die betroffenen Länder ihre Währungen jedoch nicht abwerten können, wird dabei auf eine Strategie der »inneren Abwertung« gesetzt, also auf die Absenkung des Lohnniveaus und eine Reduzierung von Sozialleistungen. In Griechenland ist mit Syriza nun eine Partei an der Macht, die dieser Politik verbal eine deutliche Absage erteilt hat. Wie groß ist ihr Spielraum, diesen Kurswechsel tatsächlich durchzusetzen?

Der Spielraum von Syriza wird vor allem durch die Schwäche des griechischen Produktionsapparats und die griechische Position in der internationalen Arbeitsteilung begrenzt. Griechenland ist in vielen Bereichen von Warenimporten abhängig, ohne diese ausreichend durch Exporte finanzieren zu können. Daraus ergibt sich eine strukturelle Abhängigkeit von Kapitalimporten. Bis zur jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erschien dies nicht als Problem. Im Gegenteil: Insbesondere deutsche und französische Banken investierten in einem Umfang in Griechenland, dass die Wachstumsraten des griechischen Sozialprodukts höher waren als die des deutschen. Die Banken hatten hohe Profiterwartungen und sahen in Griechenland kein Problem mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Aber die Krise hat zu einer Neubewertung der Verwertungsrisiken geführt, und die privaten Kapitalströme sind versiegt. Die privaten Kredite an Griechenland wurden durch öffentliche Kredite seitens des IWF, der EZB und der anderen Staaten der Eurozone abgelöst. Jetzt sind die griechischen Banken und der griechische Staat für ihre weitere Refinanzierung von deren Wohlwollen abhängig. Es geht hier wohlgemerkt nicht nur um die griechische Staatsverschuldung, sondern auch um die private Verschuldung der Unternehmen und Haushalte in Griechenland. Der griechische Staat hat im vergangenen Jahr bekanntlich einen Primärüberschuss erzielt. D.h. die laufenden

Staatsausgaben könnten eigentlich aus den Staatseinnahmen finanziert werden – wenn nicht auch noch der Schuldendienst geleistet werden müsste. Um einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel durchzusetzen, reicht es allerdings nicht, dass der Staat sich auf dem derzeitigen Niveau reproduziert. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, wären große staatliche Investitionsprogramme notwendig. Ob die dafür notwendigen Mittel alleine durch den von Syriza geplanten Aufbau eines funktionierenden progressiven Steuersystems und die Besteuerung der Reichen aufgebracht werden können, ist fraglich. Aus keynesianischer Perspektive müsste der Staat gerade in der Krise Haushaltsdefizite in Kauf nehmen, um die Investitionsprogramme zu finanzieren. Dafür benötigt er aber die entsprechenden Kreditgeber. Gerade unter den Bedingungen der Europäischen Währungsunion ist dies kein rein internes griechisches Problem. Denn selbst wenn der griechische Staat die griechischen Banken als Kreditgeber gewinnen kann, so sind diese für ihre Refinanzierung doch wieder vom internationalen Interbankenmarkt und von der EZB abhängig.

Neben der Restriktion, die sich aus der internationalen Arbeitsteilung, der griechischen Produktionsstruktur und der Abhängigkeit von Kapitalimporten ergibt, besteht für Syriza eine zweite Restriktion in dem politisch-ideologischen Kräfteverhältnis in Griechenland. Syriza wurde von 36,3 Prozent der Wähler gewählt. Laut Meinungsumfragen stieg die Zustimmung zur Politik von Syriza nach der Bildung der neuen Regierung auf 60-80 Prozent. Aber die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung wird Syriza nur behalten, wenn die Partei auch real einen Politikwechsel durchsetzen kann. Dabei sind die Erwartungen der Bevölkerung widersprüchlich: Die Mehrheit möchte die Austeritätspolitik beenden, gleichzeitig aber den Euro als Währung behalten. Daher schreckt Syriza vor einer einseitigen Verweigerung des Schuldendienstes gegenüber den internationalen Gläubigern zurück und setzt darauf, durch Verhandlungen und weitere Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in der EU einen Politikwechsel zu erreichen. Letztlich geht es nicht nur um die Frage des Verbleibs in der Währungsunion, die m.E. sekundär ist, weil die strukturellen Probleme der ungleichen Entwicklung in Europa und der Schwäche des griechischen Produktionsapparats sich auch unter einem anderen Währungsregime ähnlich darstellen würden. Deutschland hat zu Zeiten des Europäischen Währungssystems in den 80er Jahren ebenfalls Leistungsbilanzüberschüsse erzielt; daran haben damals auch sukzessive Aufwertungen der D-Mark und Abwertungen anderer Währungen in der EG nichts geändert. Wichtiger ist die weitergehende Frage, ob die Mehrheit der griechischen Bevölkerung bereit ist, eine Politik mitzutragen, die nicht mehr das normale Funktionieren der kapitalistischen Marktwirtschaft als unbedingte Voraussetzung akzeptiert. Und die Frage ist auch, ob die Mehrheit in Syriza selbst dazu bereit ist. Möglicherweise werden Syriza und die griechische Bevölkerung bald der Frage nicht mehr ausweichen können: Ist es wichtiger, die Ansprüche der Kreditgeber zu befriedigen oder die Staatseinnahmen zugunsten der Ärmsten einzusetzen? Ist es wichtiger, einen Bank Run zu verhindern oder die Bedürfnisse derer zu befriedigen, die völlig mittellos sind? Kann die Regierung es allen Klassen recht machen, oder muss sie sich zwischen der herrschenden Klasse und den beherrschten Klassen entscheiden?

Bei den Gesprächen in Brüssel und Berlin scheint Syriza auf Granit zu stoßen. Hat Syriza sich verschätzt?

Bei den Verhandlungen mit den internationalen Kreditgebern geht es nicht nur um Fragen der Refinanzierung und der finanziellen Lastenverteilung zwischen Griechenland und den anderen Ländern der Eurozone, sondern um den Fortbestand der neoliberalen Entwicklungsweise in der gesamten EU. Ein erfolgreicher Bruch mit der Austeritätspolitik in Griechenland könnte zu einer Kettenreaktion führen. Es geht nicht nur um eine Wirtschaftspolitik, die auch anders aussehen könnte, sondern darum, die Klassenbeziehungen in der EU in ihrer gegenwärtigen Form zu bewahren oder zu überwinden. Daher sind praktisch alle anderen Regierungen

der Eurozone daran interessiert, der ersten linken Regierung seit Jahrzehnten in der EU möglichst wenig Zugeständnisse zu machen, insbesondere aber die Regierungen der Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen, die zugleich Nettokapitalexporteure sind und den Wert ihrer Forderungen erhalten wollen (allen voran Deutschland), sowie die Regierungen der Länder, die ähnlich wie Griechenland unter dem Druck der Troika eine harte Austeritätspolitik umgesetzt haben und deren Fortbestand damit unmittelbar auf dem Spiel steht. Überraschend ist, dass selbst die geschwächte französische Regierung, die eigentlich als Fürsprecher der südlichen EU-Länder neuen Einfluss gegenüber Deutschland gewinnen könnte, kaum etwas für Griechenland in die Waagschale wirft. Das zeigt aber, wie stark der Neoliberalismus inzwischen auch bei den französischen Sozialisten verankert ist. Das gleiche gilt für die Regierung Renzi in Italien, die gerade dabei ist, ähnlich tiefgreifende Reformen des Arbeitsrechts umzusetzen wie die rot-grüne Regierung in Deutschland mit den Hartz-Gesetzen. Syriza hat darauf gesetzt, dass die anderen Regierungen der Eurozone zu Zugeständnissen bereit sind, weil die Machtblöcke der verschiedenen Länder ein Interesse am Fortbestand der Europäischen Währungsunion haben. Aber die Erpressung mit dem drohenden Ende des Euro funktioniert auch umgekehrt, da die Mehrheit der Griechen – wie gesagt – den Euro behalten möchte.

Der Regierungswechsel in Griechenland hat sicher auch der Blockupy-Mobilisierung genutzt, die die Eröffnung des neuen Sitzes der EZB in Frankfurt zum Anlass für Protest gegen die Krisenpolitik gemacht hat. Die EZB war allerdings jüngst nicht nur aufgrund der Blockupy-Aktionen und der auf ein Minimum reduzierten Eröffnungsfeier Gegenstand des medialen Interesses, sondern auch wegen eines neu aufgelegten »Anleihekaufprogramms«. Wie sieht dieses Programm aus?

Der Rat der EZB hat am 22. Januar 2015 ein erweitertes Programm zum Ankauf von Staatsanleihen beschlossen. Das Programm ergänzt die im vergangenen Jahr beschlossenen Programme zum Aufkauf von Wertpapieren (das *asset-backed securities purchase programme* – ABSPP – und das *covered bond purchase programme* – CBPP3). Insgesamt will die EZB den Banken mindestens bis September 2016 Wertpapiere in Höhe von 60 Mrd. Euro pro Monat abkaufen. Der EZB-Rat hat das neue Programm mit der Deflationsgefahr in der Eurozone begründet. Die Wertpapierkäufe sollen so lange fortgesetzt werden, bis eine Zielinflationsrate von annähernd 2 Prozent erreicht sei.

Gleichzeitig war zu hören, dieses Programm sei ein Beleg dafür, das Blockupy bei der EZB an der falschen Adresse sei, weil die EZB-Strategie gerade den Krisenländern zugute kommen würde, so z.B. die FAZ am 17. März. Ist das ein ernstzunehmendes Argument? Unmittelbare Effekte waren ein weiteres Sinken des Eurokurses und ein Höhenflug des DAX...

Die aufzukaufenden Anleihen müssen mindestens ein CQS3-Rating haben. Dies bedeutet, dass griechische Staatsanleihen von dem Programm ausgeschlossen wurden. Den anderen Ländern, die stark von der Krise betroffen sind, wird dadurch tatsächlich kurzfristig etwas mehr Luft verschafft. Das neue Anleihekaufprogramm der EZB bedeutet aber keine grundsätzliche Kehrtwende in ihrer Politik. Seit dem Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 hat die EZB ihre Geldpolitik sukzessive gelockert und mit immer neuen Maßnahmen Geld in das Bankensystem gepumpt, um die Krise zu entschärfen. Es ist müßig zu spekulieren, was passiert wäre, wenn die EZB eine restriktivere Geldpolitik verfolgt hätte. Fakt ist, dass die Krise mit den Mitteln der Geldpolitik alleine nicht überwunden werden konnte. Daran wird auch das neue Anleihekaufprogramm nichts ändern. Der Einfluss der Geldpolitik auf die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften, ihre unheilbaren Widersprüche und Krisen ist begrenzt. Im Fall der EZB kommt aber noch hinzu, dass ihre eigene Politik extrem widersprüchlich ist. Gemeinsam mit den europäischen Regierungen, der Europäischen Kommission

und dem Internationalen Währungsfonds treibt die EZB die Austeritätspolitik voran, die ihre geldpolitischen Maßnahmen konterkariert. Die Sparpolitik verhindert notwendige öffentliche Investitionen; die Entlassungen im öffentlichen Dienst und die Lohnsenkungen vermindern die zahlungsfähige Nachfrage. Das Sozialprodukt in Griechenland ist dadurch in den letzten sechs Jahren um 25 Prozent geschrumpft. Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird das zusätzlich von der EZB zur Verfügung gestellte Geld vor allem dazu genutzt, existierende Immobilien und Wertpapiere zu kaufen, wodurch deren Preise steigen. Daher auch der Höhenflug des DAX. Diese Steigerung der Wertpapier- und Immobilienpreise trägt zur weiteren Polarisierung von Arm und Reich bei. Nebenbei führt die Geldpolitik der EZB auch zu teilweise negativen Realzinsen und damit zur schleichenden Entwertung von Ersparnissen in der Eurozone. Dadurch entsteht ein zusätzlicher Anreiz für Kapitalanleger, in riskantere Anlageformen zu investieren, was wiederum die finanzielle Instabilität erhöht.

Zusätzliche industrielle Investitionen werden durch die lockere Geldpolitik der EZB dagegen kaum angeregt. Die relative Schwächung des Euro gegenüber anderen Währungen hilft natürlich den Produzenten in der Eurozone in der Konkurrenz mit den Produzenten anderer Währungsräume. Die Gefahr besteht aber, dass diese Geldpolitik zu einem Abwertungswettlauf zwischen den verschiedenen »Standorten« führt, der am Ende nur zerstörerisch wirken kann. Außerdem wird die ungleiche Entwicklung innerhalb der Währungsunion, die der Eurokrise zugrunde liegt, durch die lockere Geldpolitik der EZB auch nicht verringert.

Es ist auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass die EZB am 4. Februar, wenige Tage nach der Verkündung ihres neuen Anleihekaufprogramms bekannt gegeben hat, gar keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheiten bei der Refinanzierung von Banken zu akzeptieren. Damit wurde den griechischen Banken ein Stück weit der Geldhahn zugedreht. Diese können sich jetzt nur noch über die *Emergency Liquidity Assistance* (ELA) bei der griechischen Zentralbank refinanzieren. Für die ELA-Kredite müssen die Banken höhere Zinsen zahlen und sie sind auch in ihrem Umfang begrenzt und von der Genehmigung durch die EZB abhängig. Außerdem wurden die griechischen Banken aufgefordert, keine griechischen Staatsanleihen mehr zu kaufen. Die von der EZB geschürte Unsicherheit über die Refinanzierung der griechischen Banken und des griechischen Staates hat sicherlich dazu beigetragen, dass Sparer vermehrt ihre Euroguthaben bei den griechischen Banken abgehoben haben. Der schleichende *Bank Run* war nach Aussage von Syriza-Politikern dafür ausschlaggebend, dass die griechische Regierung am 20. Februar eine Vereinbarung mit der Eurozone unterzeichnet hat, die in zentralen Punkten im Widerspruch zu den von Syriza im Wahlkampf vertretenen Positionen steht. Die EZB hat also in Bezug auf Griechenland gerade das nicht getan, was eine Zentralbank im Falle einer Krise normalerweise tun sollte, nämlich als *lender of last resort* zu agieren. Im Gegenteil: Sie hat die von Syriza geführte Regierung bewusst in die Enge getrieben, während sie die neoliberal orientierten Regierungen in den anderen Ländern mit ihrer lockeren Geldpolitik unterstützt.

Ebenso wenig eindeutig stellt sich auf den ersten Blick ein »Investitionsprogramm« dar, das Ende vergangenen Jahres von der EU-Kommission aufgelegt wurde. Dabei geht es allerdings nicht um direkte staatliche Investitionen, sondern um die Schaffung eines Fonds, der privaten Investoren die Risiken bei Großprojekten nehmen soll. Auf welche Branchen zielt dieses Programm, und ist dort tatsächlich mit positiven Beschäftigungseffekten zu rechnen?

Die Internationale Arbeitsorganisation hat geschätzt, dass durch die »Investitionsoffensive« der Europäischen Kommission 2,1 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Das scheint mir sehr hochgegriffen, denn tatsächlich werden für den »Europäischen Fonds für strategische Investitionen« nur 21 Mrd. Euro bereitgestellt, davon 16 Mrd. aus dem Haushalt der EU und 5 Mrd. von der Europäischen Investitionsbank. Einzelne EU-Länder wie Italien, Spanien und Frankreich wollen sich mit Beträgen zwischen 1,5 und 8 Mrd. Euro an dem In-

vestitionsfonds beteiligen. Die Bundesregierung will jedoch nichts dazu beitragen. Mit diesem Geld sollen dann private Investitionen von 300 Mrd. Euro mobilisiert werden. Ob dies gelingen kann, ist völlig unklar. Die Kommission empfiehlt den Mitgliedsländern vor allem Investitionen in die Infrastruktur (Strom-, Gas-, Transport- und Kommunikationsnetze), aber auch in industrielle Sektoren, die zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes führen sollen oder auf traditionellen Spezialisierungsmustern aufbauen. Obwohl angeblich Investitionen in der »Realwirtschaft« mit dem staatlichen Geld gefördert werden sollen, spielen jedoch »Finanzinstrumente« eine entscheidende Rolle bei dem geplanten Fonds. Das staatliche Geld wird weder direkt noch indirekt im industriellen Sektor investiert, sondern dient dazu, »innovative« Finanzgeschäfte abzusichern, mit denen Unternehmen dann auf Kredit Investitionen finanzieren können.

Wenn diese Projekte nicht als staatliche Infrastrukturprojekte angelegt sind, sondern die Initiative privaten Kapitals anregen sollen: Ist das, was als Stimulation von Wirtschaftswachstum verkauft wird, also eigentlich ein Trick nach dem Muster: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren?

Ja, darauf läuft es hinaus.

Wenn Du diese verschiedenen Momente im Zusammenhang beurteilst: Passen diese verschiedenen Maßnahmen europäischer Krisenpolitik zusammen, oder stehen sie auch selbst im Widerspruch zueinander? Anders gefragt: Ist es möglich, dass mit dieser Strategie die Krise tatsächlich auf unsere Kosten »gelöst« wird?

Die europäische Krisenpolitik hat tatsächlich unterschiedliche Gesichter: Einerseits wird Austeritätspolitik betrieben, mit der die staatlichen Haushaltsdefizite und die Staatsverschuldung eingedämmt werden sollen und die Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnsenkungen etc. gesteigert werden soll. Andererseits wurden mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) Mechanismen geschaffen, die eine weitere Ausweitung der Staatsverschuldung auf der Basis der Vergemeinschaftung von Risiken ermöglichen. Obwohl vordergründig ein Gegensatz zwischen diesen beiden Aspekten der Krisenpolitik zu bestehen scheint, dienen sie doch beide dazu, die Entwertung der Zahlungs- und Renditeansprüche der Gläubiger zu verhindern. Ein Akkumulationsregime, in dem die Expansion des zinstragenden und fiktiven Kapitals eine zentrale Rolle spielt, wird so weiter gestützt. Dem gleichen Zweck dient auch die lockere Geldpolitik, die im Kontrast zu der restriktiven Fiskalpolitik steht, an der die Investitionsoffensive der EU-Kommission mit ihrem geringen Umfang nichts ändert. Die ungleiche Entwicklung zwischen dem Finanzsektor und dem industriellen Sektor, zwischen dem industriellen Kapital und dem zinstragenden und fiktiven Kapital wird dadurch weiter vorangetrieben. Ich sehe, wie gesagt, in all den Maßnahmen der europäischen Krisenpolitik den Versuch, die bisherige Form der Klassenbeziehungen zu bewahren. Es kann sein, dass die Krise kurzfristig »gelöst« wird in dem Sinne, dass eine weitere Rezession auf EU-Ebene erst einmal abgewendet wird. Das hängt von der Mischung der verschiedenen Maßnahmen ab, bzw. davon, wie stark die Austeritätspolitik entschärft werden kann. Aber egal, wie die Mischung dieser Maßnahmen sich weiterentwickelt: Weder die Widersprüche des finanzdominierten Akkumulationsregimes noch die Widersprüche der europäischen Integration werden auf diese Weise gelöst. Dafür wären ganz andere Maßnahmen notwendig, deren Durchsetzung eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Lohnabhängigen in der EU voraussetzt.

Als Hintergrund der Finanzkrise von 2008 ist häufig von einer »strukturellen Überakkumulation« von Kapital die Rede. Teilst Du diese Interpretation, und wie stellen sich die politischen

Entscheidungen dann dar? Sind sie vielleicht sogar geeignet, einen nächsten Kriseneinbruch zu beschleunigen?

Der Begriff der strukturellen Überakkumulation ist selbst erklärungsbedürftig und in der marxistischen Diskussion schon mit recht unterschiedlichen Krisentheorien verbunden worden. Hier fehlt der Platz, um das eingehender zu diskutieren. Die konjunkturpolitische Wirkung der europäischen Krisenpolitik ist widersprüchlich: Die Austeritätspolitik hat dazu geführt, dass Griechenland seit 2008 nicht aus der Rezession herausgekommen ist und dass die EU insgesamt bereits einen »double dip«, also eine weitere Rezession nach der von 2008-2009 erlebt hat. Die lockere Geldpolitik und die Schaffung neuer Instrumente für die Vergemeinschaftung der Staatsschuld tragen dagegen eher dazu bei, den Ausbruch einer neuen Krise zu verschieben – aber nur um den Preis einer weiteren Vertiefung der Widersprüche des Akkumulationsregimes, d.h. mit der Perspektive, dass die nächste Krise vielleicht noch gravierender wird.

In einer Erklärung des Blockupy-Koordinierungskreises ist von einem kommenden »europäischen Frühling« die Rede. »Das Eis des europäischen Krisenregimes, der Troika-Diktate, der rücksichtslosen Verarmungspolitik zeigt deutliche Risse«, heißt es da. Hältst Du diesen Optimismus für berechtigt? Das Troika-Regime ist ja in den betroffenen Ländern seit seiner Etablierung von massiver sozialer Gegenwehr begleitet, die seiner Exekutierung gleichwohl wenig anhaben konnte...

Die Geschichte der Klassenkämpfe der letzten Jahre ist sehr komplex und hat mehrere Phasen durchlaufen. 2011 war ein Jahr, das von gewaltigen Massenbewegungen geprägt war: Die Volksaufstände im arabischen Raum, die 15M-Bewegung in Spanien, die Platzbesetzungen, die weltweite Occupy-Bewegung. In der EU konnten die Herrschenden jedoch nach den Wahlen in Griechenland 2012, bei denen Syriza nur zweitstärkste Partei wurde, und nach der Ankündigung der EZB im Sommer 2012, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen, die Kräfteverhältnisse zunächst in ihrem Interesse konsolidieren. Die Massenbewegungen waren nicht in der Lage, die Machtfrage zu stellen. Aber sie wurden auch nicht völlig zerstört, wie z.B. beim »Marsch der Würde« am 22. März 2014 in Spanien, an dem ca. 2 Millionen Menschen teilnahmen, eindrucksvoll deutlich wurde. Nachdem Dutzende von Generalstreiks und unzählige Demonstrationen keinen Politikwechsel erzwingen konnten, richtete sich die Hoffnung der Menschen wieder stärker auf die parlamentarische Ebene, auf Kräfte wie Podemos und Syriza. Mit der Wahl in Griechenland hat eine neue Phase begonnen, denn die Bildung einer von der Linken geführten Regierung in Europa hat, was auch immer aus ihr werden wird, in jedem Fall historische Bedeutung. Viel wird nun davon abhängen, ob Syriza tatsächlich die existierenden Spielräume voll ausnutzt, um einen Politikwechsel zu vollziehen. Dies wird auch auf die Kräfteverhältnisse in anderen Ländern ausstrahlen.

In der Formulierung von nächsten Vorhaben bleibt das Blockupy-Bündnis noch recht vage – aber es wird zumindest darauf verwiesen, dass auch in anderen großen europäischen Städten Adressen und Anlässe zu finden sind, die mit dem Krisenregime in Verbindung stehen. Schweben Dir mögliche Ziele für eine vergleichbare Mobilisierung vor?

Das Blockupy-Bündnis wird sich am 9.-10. Mai in Berlin treffen, um über die nächsten Schritte im Kampf für ein anderes Europa zu beraten. Aus meiner Sicht wäre es jetzt notwendig, die Kritik auf die Bundesregierung zu konzentrieren. Das Finanzministerium und das Bundeskanzleramt sind hier von zentraler Bedeutung. Die Wahl von Berlin als Ort für das nächste Aktiventreffen könnte ein Signal in diese Richtung sein.

** Dr. Thomas Sablowski ist Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist ferner Redakteur der Zeitschrift PROKLA und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac und engagiert sich gegenwärtig im Blockupy-Bündnis.*

express im Netz unter: www.express-afp.info